

Christina Oberst-Hundt: Kultur in Fernsehen und Hörfunk

Beitrag aus Heft »2004/03: Computerspiele - Interessen und Kompetenzen«

Die Initiative des parteiübergreifenden Ministerpräsidenten-Trios Stoiber (Bayern), Steinbrück (NRW) und Milbradt (Sachsen), mit strukturellen „Reformen“ eine Absenkung der Rundfunkgebühren, letztlich aber eine weitgehende Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Kultur-Programmeleistungen zu erzwingen (siehe Erläuterungen 1), wirkte wie eine implizite Botschaft an die Tutzingener Tagung. Schon deren doppelte Fragestellung „Glück in der Nische? Oder: TV-Quote für die Kultur?“ verwies auf eine mögliche Alternative zum Umgang mit Fernseh-Kultur. Dass die Kulturprogrammverantwortlichen gar nicht erpicht darauf sind, sich im Nischen-Abseits glücklich zu fühlen, machte die Tagung eindrucksvoll deutlich. Die Medienfachjournalistin Klaudia Brunst hat zwei Monate lang Kulturmagazine im Fernsehen angeschaut und eine „doch sehr große Nische“ ausgemacht. Vor allem die 3. Fernsehprogramme und eher kleinere ARD-Anstalten füllen sie mit zahlreichen, oft qualitativ hochwertigen Angeboten. Allerdings: viele Jubiläen, Geburts- und Todestage, viel Kurzformatiges, wenig Kritik und Nachdenken über das eigene Medium. Formexperimente leistet sich vor allem der Kulturkanal Arte.

Fehlanzeige im Privatfernsehen: Alexander Kluges unabhängige Programminseln in mehreren kommerziellen Sendern wurden diesen staatsvertraglich auferlegt. Verlust von Kultur Der ZDFtheaterkanal, so sein Leiter Wolfgang Bergmann mit Blick auf die Absichten der drei Ministerpräsidenten, auch dieses Kulturangebot abzuwickeln, „ist notwendig, weil er ein echtes spezial interest-Programm darstellt“, das die Wechselbeziehung zwischen Gesellschaft und Theater verdeutlicht, Anregungen für das eigene Theatererlebnis gibt, Theatergeschichte visuell dokumentiert, mit neuen Formen experimentiert und so den „Sauerstoff vom Fernsehen auch ins Theater bringt, damit was Neues entsteht“. Gottfried Langenstein, Direktor Europäische Satellitenprogramme beim ZDF, hält Sparen zulasten der Kultur für verhängnisvoll: „Alles, was heute vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk abgeschnitten wird, das wird unter den sich verändernden Bedingungen nie wieder installiert werden können.“ Ein starker Bestand an öffentlich-rechtlichem Rundfunk sei deshalb eine notwendige Investition in die Zukunft, nicht zuletzt um die Legitimation für Gebühren zu erhalten. „Anspruchsvolle Programme wie Arte und 3sat dürfen wir nicht aufgeben, weil sonst ein Stück Kultur verloren geht.“ Die erforderlichen Daten vermittelte Michael Buß vom SWR, dort verantwortlich für „Strategische Analysen/ARD“. Seine Feststellung: „Je weniger Kulturinteresse, umso mehr wird ferngesehen“ mag bei der ministerpräsidialen Vorgabe, Kultur im Rundfunk drastisch zu reduzieren, Pate gestanden haben, verdeutlicht aber viel eher das dringende Erfordernis, Interesse für Kultur zu wecken und die Funktion von Rundfunk als Kulturmittler zu stärken. Immerhin: Schon jetzt werden täglich insgesamt 17 ½ Stunden Kulturinformationssendungen ausgestrahlt, davon 80% im öffentlich-rechtlichen Fernsehen (ohne Arte).

Es gibt ein Kernpublikum aus Kulturinteressierten von 13 Prozent aller TV-Nutzenden. 19 Prozent haben regelmäßigen Kontakt mit Kulturprogrammen. Einzelne Sendungen, wie die sonntäglichen ARD-Kulturmagazine, erreichen 1,3 Millionen Zuschauer. Knapp 20 Millionen haben im letzten halben Jahr die 3sat-Kulturzeit gesehen. Jedes klassische Kulturmagazin erreicht in einem viertel Jahr viel mehr Menschen, als in einem halben Jahr ins Theater oder Museum gehen. Provokation als Auftakt Jochen Hörisch, Professor für Neuere Germanistik und Medienanalyse in Mannheim, sorgte für erhellende Provokation. „Extrem fernsehtauglich“ sei in erster Linie „Quatsch mit Soße“ wie diese „kultischen Hochereignisse der TV-Kultur, bei denen erwachsene Männer 90 Minuten

einem Ball hinterher rennen“. Hochkultur, so sein Fazit, sei „nicht TV-kompatibel“, weil schlechte Sendungen die guten verdrängen. Gutes Programm müsse deshalb geschützt werden. Das gehe nur jenseits von Quotendiskussionen durch „undemokratische“ Maßnahmen. „Wir brauchen eine teure mäzenatische Kultur der Verschwendung“ bei „Gebühren von monatlich 25 €“. Dass die Realität im Rundfunkkulturbereich – so auch in den über 20 gehobenen öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogrammen mit 5 Mio. Zuhörenden! – derzeit weniger durch Diskussionen über Inhalte, sondern vielmehr über Kosten-Nutzen-Fragen bestimmt wird, kritisierte vor allem Christoph Lindenmeyer, Leiter der HA Kultur im BR-Hörfunk. Es gehe derzeit nicht darum, wie viel Kultur der Mensch braucht, sondern „um ökonomische Verteilungskämpfe um Ressourcen und Finanzen“. Auch Wolfgang Hagen, Kultur-HA-Leiter beim Deutschlandradio Berlin, betonte, es gehe heute vor allem darum, „wie wir die Kultur, die wir noch haben, erhalten können!“ Kulturquote gegen Konvergenz Bei der Abschlussrunde kam auch die Politik zu Wort, doch Neues war nicht zu vernehmen.

Hans Joachim Otto, FDP, bemühte die These von der Konvergenz, nach der sich öffentlich-rechtliche Programme den Privaten so sehr angenähert hätten, dass es kaum noch Unterschiede gebe. CSU-Generalsekretär Markus Söder will deshalb eine „Aktualisierung des Grundversorgungsauftrags“, die den Anstalten durch „Selbstverpflichtungen“ eine „Legitimation der Zwangsgebühren“ abverlangt. Otto wies auf das „Problem“ des Verfassungsrechts hin und plädierte für das Recht der Politik, den öffentlich-rechtlichen Programmauftrag staatsvertraglich neu festzulegen. Der einzige Politiker, der sich vehement für eine „Kulturquote“ einsetzte, war Christoph Stölzl, Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses (CDU) und vormaliger Kultursenator. „Die demokratische Nation als ‚Lerngemeinschaft‘ hat viele lebensnotwendige ‚moralische Anstalten‘“, wie Theater, Konzerthäuser, Museen, Schulen, Universitäten und eben auch Rundfunkanstalten. „Sie alle sind verantwortlich für die Kulturquote“, die nicht als Summe, „um die man feilscht“, zu definieren sei, sondern als „Formulierung eines Kanons des Unverzichtbaren“, als Akt der „Normsetzung, der Selbstbindung an ein sittliches Programm“. Gewiss, schöne, bedenkenswerte Worte, aber: Ist die Sicherung einer umfassenden Programm-Kultur, wie Stölzl sie zu Recht einfordert, nicht eher durch Ausschöpfung der vorhandenen, verfassungsrechtlich garantierten Möglichkeiten des öffentlich-rechtlichen Systems zu leisten, als durch Programmeingriffe in Form einer gesetzlich festzulegenden TV-Kulturquote? Kein „steuerfinanziertes Staatsfernsehen“ Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eben kein, wie Stölzl meint, durch eine der Kfz-Steuer vergleichbare „Apparate-Steuer“ finanziertes „Staatsfernsehen“. Und das Publikum leidet nicht unter der „spürbaren steuerlichen Belastung“ durch zu hohe Fernsehgebühren, weiß doch kaum jemand den monatlichen Betrag – weit unterhalb z.B. von Tageszeitungs-Abonnementsgebühren – korrekt zu benennen und sind sozial Schwächere von der Gebührenentrichtungspflicht ohnehin befreit.

Ist es nicht gerade diese Sichtweise, die verhindert, zu erkennen, dass Gebühren nicht Zwang bedeuten, sondern Rundfunk unabhängiger machen von staatlichen und Gruppeninteressen und von den „schrakenlos waltenden Marktkräften“, die auch Stölzl kritisiert. Die Rundfunkgebühr ist ein notwendiger Anachronismus in einem Wirtschafts- und Politiksystem, das zunehmend neoliberalen Markt- und Machtdenken unterworfen ist. Und: Ist nicht eine Reanimierung gesellschaftlicher Kontrolle, z.B. durch eine weitgehende Politik-Ferne der Rundfunk-Aufsichtsgremien, anstelle von Politik-Eingriffen dringender denn je? Kritik an Programmverflachung ist notwendig. Aber sind es nicht auch und gerade politische Pressionsmaßnahmen, wie die von Stoiber und Kollegen vorgeschlagenen, die es Kulturschaffenden im öffentlich-rechtlichen Rundfunk so schwer machen, ein kulturvolles Programm zu erhalten oder gar auszubauen? Erläuterungen: 1 Gegen diese Initiative regt sich breiter Protest: 1410

Künstlerinnen und Künstler, unter ihnen Fred Breinersdorfer (VS-Vorsitzender), Sir Peter Jonas (Intendant der Bayerischen Staatsoper) und Dieter Hildebrandt, haben einen Aufruf gegen die Absicht der Ministerpräsidenten Stoiber, Steinbrück und Milbradt, Kulturangebote von ARD und ZDF deutlich zu reduzieren oder ganz einzusparen, unterzeichnet. Mit diesen ‚Reformen‘ soll, wie es in der Resolution heißt, die Rundfunkgebühr gesenkt, letztlich aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk insgesamt eingeschränkt, abgebaut, marginalisiert werden. Inzwischen wollen die Länder, wie sich derzeit abzuzeichnen scheint, den Regeltermin für die anstehende Gebührenperiode von 2005 bis 2008 einhalten und einer Gebührenerhöhung, voraussichtlich jedoch unterhalb der bisherigen KEF-Berechnung von 1,09 g auf der Basis von zusätzlichen Einsparvorschlägen der Sender zustimmen. Allerdings gibt es auch Stimmen, die, sollte die Erhöhung ausbleiben oder zu gering sein, einen Gang nach Karlsruhe nicht ausschließen.